

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

Amtsblatt der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Bischofswerda und der Gemeindeämter des Bezirks. **Wöchentliches Blatt im Bezirke.** . . . Erscheint seit 1846.



Anzeigeblatt für Bischofswerda, Reutirch, Stolpen und Umgegend sowie für die angrenzenden Bezirke. — **Wöchentliches Beilage:** Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt. . . . Fernsprecher Nr. 22.

Verkaufsstelle: Bischofswerda, Markt 15. **Verkaufsstelle:** Amt Leipzig Nr. 21 542. — **Gemeindeverbandsdirektorate:** Bischofswerda Markt Nr. 64. **Anzeigeblatt:** Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art der Zeitung oder der Verlegerzeitung — hat der Verleger keinen Anspruch auf Herausgabe oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die halbjährliche Grundzeit (Zim. No. 14) oder deren Raum 75 Hg. Briefliche Anzeigen 50 Hg. In Textzeitung (Zim. No. 15, 16) Hg. die halbjährliche Zeit. Bei Wochenbelegungen nach folgenden Sätzen. — **Wöchentliche Anzeigen:** Die halbjährliche Zeit 100 Hg. — Für bestimmte Tage oder Blätter nach Vereinbarung. — **Erfüllungsort:** Bischofswerda.

Ar. 66. **Sonnabend, den 20. März 1920.** **74. Jahrgang.**

Furchtbare Kämpfe in Leipzig.

In Leipzig ist in der Nacht zum Donnerstag durch Vermittlung des Herrn Minister Schwarz ein Waffenstillstand geschlossen worden und zwar ist ein Abkommen getroffen worden, bei dem folgende zehn Punkte unterzeichnet worden sind:

1. Abtransport der von auswärts geholten Truppen, einschließlich der Baltikumtruppen; 2. Zurückziehung der Zeitfreiwilligen und Auflösung der Zeitfreiwilligenverbände; 3. Bildung einer Einwohnerwehr, in der die Arbeiter einen entscheidenden Einfluss haben; 4. Übertragung des Schutzes der öffentlichen Gebäude an die Einwohnerwehr; 5. Gemeinsame Bestattung der Opfer der Straßenkämpfe und Unterhaltung der Familien der Hinterbliebenen; 6. Anerkennung der Forderungen durch die städtischen Kollegien; 7. Bestellung von zivilen Beigeordneten beim Reichswehrkommando in Leipzig; 8. Nach Anerkennung der Forderungen Einstellung des Generalstreiks; 9. Zurückziehung der Truppen von den Straßen, Befreiung aller Verkehrsbehinderungen; 10. Wiederaufnahme des Streits, wenn die Forderungen nicht erfüllt werden.

Diese Abmachungen sind Donnerstag früh 4 Uhr von Schwarz unterschrieben worden. Reichswehrminister Schwarz führte die Verhandlungen. Es nahmen daran der Kreisamtsleiter, der Amtshauptmann, die Parteiführer, Vertreter der U. S. P. und der S. P. D. usw. Es wurde noch vereinbart, daß die Zeitfreiwilligen in der Nacht von Leipzig zurückgezogen werden sollen. Lipinski versprach, dafür zu sorgen, daß sie nach ihrer Entlassung nicht belästigt werden sollen, ebensowenig ihre Angehörigen. Den Zeitpunkt der Auflösung der Zeitfreiwilligen-Regimenter bestimmte der Reichswehrminister. Die Reichswehr muß in den Kasernen bleiben. Bis 20. März sollen die Arbeiter die Waffen abgeben. Der Kommandeur der Reichswehrruppen lehnte die Verantwortung für das Abkommen ab, aber Reichswehrminister Schwarz erklärte, die Regierung übernehme die Verantwortung dafür.

Dieses Abkommen hat aber eine Verschärfung der Lage und den Ausbruch neuer Kämpfe nicht zu verhindern vermocht. Auf dringendes Erlauchen der Reichswehrbrigade verhängte die Regierung den Belagerungszustand über Leipzig und als um 12 Uhr mittags die Schießereien wieder begannen, rückte die Reichswehr in die Stadt ein. Die Führer scheinen die Herrschaft über die Massen vollständig verloren zu haben, Lipinski und Schwarz wurden mißhandelt.

Verhängung des Belagerungszustandes.

Dresden, 18. März. Aus der Staatskanzlei wird gemeldet: In den Nachmittagsstunden des Donnerstag kamen vom Kommando der Reichswehrbrigade Leipzig dringende telephonische Vorstellungen an die Regierung, daß der Ausnahmezustand verhängt werden müsse, wenn einer weiteren gefährlichen Entwicklung der Verhältnisse vorgebeugt werden solle. Die Partei der Unabhängigen habe sich in Übereinstimmung mit dem Minister Schwarz bemüht die vereinbarte Waffenruhe aufrechtzuerhalten. An disziplinierteren Parteilisten fehlten jedoch nicht an die Vereinbarung. Es bestände die Gefahr, daß die Reichswehr vom Inneren der Stadt abgeschnitten werde. Das Kommando müsse dies zu verhindern suchen. Bei der gespannten Lage in Leipzig sei es für das Kommando unerlässlich, von den Befugnissen des Ausnahmezustandes Gebrauch machen zu können.

Die Regierung sah sich auf Grund dieser Mitteilungen in die Notwendigkeit versetzt, den Ausnahmezustand auf Grund von Artikel 48 Absatz 4 der Verfassung über das Gebiet der Amtshauptmannschaft Leipzig zu verhängen.

Der Ministerpräsident hat die Parteiführung der Unabhängigen nochmals aufs dringendste ersucht, die Arbeiter dazu zu bewegen, die Waffenruhe zu wahren und von dem völlig sinnlosen Kampfe abzusehen. Andererseits hat der Ministerpräsident den Kommandeur der Reichswehr in Leipzig ebenso dringend ersucht, die Verhandlungen mit der unabhängigen Partei weiterzuführen und, falls die Waffenruhe von der anderen Seite gewährleistet werde, von Kampfhandlungen abzusehen. Das wurde von dem Kommandeur als völlig seiner Auffassung entsprechend beantwortet. Nur wünschte er, daß die unabhängige Parteiführung nicht mehr imstande sein werde, ihre Forderungen bei den unüberwindlichen Massen bewaffneter Arbeiter zur Geltung zu bringen.

Lipinski nicht mehr Herr der Lage.

Dresden, 18. März. (Prin.-Tel.) Die Reichswehr hat das Stadtkommando befehligt. Die Regierung hofft, daß sie es auch in der Hand behält. Die Vororte sind dauernd in der Hand der Arbeiter, die dort einen starken Terror ausüben. Der Abgeordnete Lipinski und Minister Schwarz sind mißhandelt worden. Lipinski erklärte, daß er nicht mehr Herr der Lage sei. Die Kommunisten sind vollständig im Besitz der Nacht, soweit nicht die Truppen noch Stadteile besetzt halten. Reisende, die heute Abend aus der Umgebung von Leipzig in Dresden eingetroffen waren, berichteten, daß man das Geschütze noch weithin auf der Eisenbahnstrecke gehört habe.

Einmarsch der Reichswehr.

wsl. Leipzig, 19. März. (Eigener Drahtbericht.) Bei den zwischen den Vertretern der Arbeiterklasse und der Militärbehörde in der Nacht zum Donnerstag stattgefundenen Verhandlungen im Beisein des sächsischen Wirtschaftsministers Schwarz wurde eine Vereinbarung getroffen, die die Herbeiführung des Friedenszustandes in Leipzig ermöglichen sollte. Die Arbeiter nahmen jedoch in den von ihnen abgehaltenen Versammlungen diese Vereinbarung, die unter anderem die Entlassung der Arbeiter bis zum 20. März vorsah, nicht an und eröffneten gestern um 12 Uhr mittags wieder den Angriff. Hierin erklärte der Stadtkommandant General Senf von Pilsach einen Bruch des Abkommens und erteilte nunmehr den Befehl zur Alarmierung der Reichswehrbrigade XIX und zum Einmarsch in die Stadt, um dem bedrängten Zeitfreiwilligen-Regiment zu Hilfe zu kommen. Weiter wurde der verheerendste Belagerungszustand über die Stadt verhängt. Bis in die Nacht hinein wüthete der Kampf, bei dem von Seiten der Truppen auch Artillerie verwendet wurde. Die Arbeiter haben überall Barrikaden errichtet. Ein Militärflugzeug warf Bomben auf den Johannisplatz ab. Ein anderes Flugzeug, das zur Erkundung über der Stadt kreiste, wurde von Arbeitern abgeschossen, wobei der bekannte Militärflieger Böhner den Tod fand. Die hauptsächlichsten öffentlichen Gebäude, wie das Hauptpostamt, der Hauptbahnhof, das Rathaus usw., befinden sich auch heute in den Händen der Zeitfreiwilligen. Die Kämpfe dauern bis zur Stunde noch an.

Aber die blutigen Verluste aus den Kämpfen seit Mittwoch nachmittag sind bestimmt bisher noch nicht bekannt geworden, doch sollen sie auf Seiten der Arbeiter ziemlich groß sein. Man spricht von hunderten von Toten und Verwundeten.

Ein neuer Aufruf der sächs. Regierung.

Die sächsische Regierung hat neuerdings einen langen Aufruf erlassen. Sie fordert die Bevölkerung auf, die Waffen niederzulegen und zur Arbeit zurückzukehren. Es drohe uns Hungersnot, wenn nicht gearbeitet, Lebensmittel nicht befristet und planmäßig verteilt werden könnten. Die Regierung erklärt das Eingreifen der Aktionsausschüsse in die Aufgaben und die Befugnisse der Verwaltungsbehörden für unzulässig. Die Aktionsausschüsse könnten nur durch rücksichtslose Unterstützung der Orts- und Staatsbehörden dem Gemeinwohl dienen. An einigen Orten hätten fanatische Köpfe, die sich als Kommunisten ausgeben, die kritische Lage zu benutzen versucht, um die Bevölkerung unter ihre Diktatur zu bringen. Gegen derartige Putschversuche werde sich der gesunde Sinn der Arbeiterschaft ebenso entschieden zur Wehr setzen, wie gegen den Putschversuch der Reaktion. „Wenn“, so fährt die Regierung fort, „die unverantwortlichen Elemente nicht alsbald ihre gewalttätigen Unternehmungen einstellen, so wird die Regierung von ihren Machtmitteln den schärfsten Gebrauch machen.“

Die Verhältnisse im Reiche.

Aber die Lage im Reiche liegen eine große Anzahl Meldungen vor, welche von weitgehenden Störungen und Unruhen berichten. In ganz West-Thüringen ist die Lage außerordentlich ernst. In Bitterfeld wurde eine Kompanie des Landjägerkorps zerprengt und die Offiziere größtenteils im Angriff getötet. In Magdeburg herrscht Ruhe. In Halle geht der Generalstreik weiter mit Ausnahme der lebenswichtigen Betriebe. Dort haben die Arbeiter die Nacht in der Hand.

Sehr ernst ist die Lage in Westfalen. Elberfeld-Barmen, Hamm, Herborn und andere Orte sind in den Händen der linksradikalen Aufwühler, die das Proletariat in Werksbureaus bewaffnen und die auch über Geschütze und Maschinengewehre verfügen. Ein Transport von Geschützen ist in Bochum angehalten und beschlagnahmt worden. In Duisburg sind die kommunistischen Führer nach der Wiederherstellung der Ruhe geflohen. In der Gegend von Eisleben haben sich Rote Bänder gebildet. In Langensalza wurden Mühlen und Bäckereien geplündert. In Kassel hat ein kommunistischer Volksguard die Regierungsgewalt in den Händen. Die Rote Garde in der Umgegend von Korbuss, die hauptsächlich aus Arbeitern des Senftenberger Braunkohlenbezirks zusammengesetzt ist, hat Mittwoch nachmittag der Reichswehr, die Artillerie benutzte, ein scharfes Gefecht geliefert. Die Reichswehr hatte 2 Tote, 4 Verwundete und 4 Vermisste und machte 80 bis 90 Gefangene. Die blutigen Verluste der Arbeiter werden auf 50 bis 60 geschätzt.

Frankfurt a. M., 19. März. (Eigener Drahtbericht.) In Altbayern, München, sowie der Oberpfalz herrscht Ruhe, ebenso in Schwaben, mit Ausnahme von Schwangau in der Oberpfalz, wo aber die Oberpfälzer Bauernwehren die Ordnung wieder hergestellt haben. In Nürnberg ist gekämpft worden. Es werden 22 Tote gemeldet. Auch in Schweinfurt und Hof herrschten Unruhen. Der Generalstreik hat in der Umgebung von Hof keinen Anklang gefunden, die allgemeine Auffassung geht dahin, daß die Regierung die nötigen Mittel in der Hand hat, um die staatliche Ordnung aufrecht zu erhalten.

In Württemberg und Baden herrscht völlige Ruhe.

Neue Zusammenstöße in Berlin.

Berlin, 18. März. Wie von der Berliner Sicherheitswehr mitgeteilt wird, ist der Schlesische Bahnhof von Kommunisten besetzt.

Berlin, 18. März. (W. I. D.) Zu schweren Zusammenstößen ist es heute nachmittag abermals am Kottbuscher Tor gekommen. Die Sicherheitskämpfer wurden von der Menge arg bedrängt. Es gelang dem Vöbel, einen Offizier und mehrere Soldaten ins Wasser zu werfen. Schließlich rückte eine ganze Hundertschaft an, die von einem Kraftwagen aus die Menge mit Maschinengewehrfeuer vertrieb. Es sollen 15 Tote und 20 Verletzte auf dem Platze geblieben sein.

Die Lage in Sachsen.

Dresden, 19. März. Das Ratskollegium hat für die Beerdigung der bei den Unruhen auf dem Postplatz gefallenen Opfer ein Berechnungsgeld von 100 000 Mark bewilligt.

Pirna, 19. März. In Pirna herrscht auch weiter Ruhe. Der „Pirn. Anz.“ stellt fest, daß die von Dresden aus verbreitete Meldung von der Ausrufung der Räterepublik und der Erstürmung des Rathauses falsch ist. Es hatte sich lediglich ein Exekutivkomitee gebildet, dessen Anordnungen, wie gestern gemeldet, durch die Androhung eines bürgerlichen Gegenstreikes, zum größten Teil wieder zurückgezogen wurden.

Chemnitz, 19. März. Die Stadt ist äußerlich ruhig. Der Aktionsausschuß ist aber in Schwierigkeiten geraten, weil die Unternehmer sich aufs entschiedenste weigern, die Streiktage zu bezahlen.

Auerbach, 19. März. Nächtliches Feuergefecht. In einer am Montag nachmittag abgehaltenen Volksversammlung sprach unter anderem auch der Reaktionsführer Faltensteiner Kommunist Max Högl. Nach der Versammlung wurde die Gendarmerie in ihrem Standort entwaffnet und ihre Munition, u. a. auch Handgranaten und ein Maschinengewehr, nach dem Gesellschaftshause der „Harmonie“ verbracht, wo sich Högl mit seinen Leuten verquartierte. Nachts kurz vor 3 Uhr wurden die Einwohner durch Maschinengewehrfeuer und Schüsse aus dem Schlafe geweckt. Reichswehrruppen waren angerückt und nahmen vom Schloßgarten aus Högl's Quartier unter Feuer. Nach etwa 40 Minuten Dauer wurde das Feuergefecht abgebrochen, anscheinend erfolglos, denn die Reichswehrrudern waren früh wieder verschwunden und Högl verließ am Morgen im Lastauto unbehelligt die Stadt. Leber ist bei der Schießerei an angelegener Einwohner der Stadt ums Leben gekommen. Der Rittergutsbesitzer Rink, dessen Haus im Feuerbereich lag, wurde tödlich getroffen, als er ein Fenster öffnete.

Zwickau, 19. März. Am Mittwoch tauchte hier der Kommunistenführer Högl auf, um die Spartakisten aufzu-